



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Kinderschutz in Schleswig-Holstein weiter stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung zur 4. Tagung des Landtages mündlich über die Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung „Bundesinitiative Netzwerke Früher Hilfen und Familienhebammen“ in Schleswig-Holstein zu berichten. Folgende Fragen sollen dabei mit beantwortet werden:

1. Wann wird die Landesregierung die in der Verwaltungsvereinbarung geforderten länderspezifischen Fördergrundsätze vorlegen?
2. Wie werden die Kommunen und Träger über die neuen Möglichkeiten informiert?
3. Wo beabsichtigt die Landesregierung die Koordinierungsstelle nach Artikel 5 Abs. 1 der Verwaltungsvereinbarung einzurichten?
4. Wird die Landesregierung die Qualifizierung nach Artikel 5 Abs. 2 der Verwaltungsvereinbarung an Träger der Jugendhilfe vergeben?
5. Wann beabsichtigt die Landesregierung den Beirat für den gesetzlich verankerten Landeskinderschutzbericht in dieser Legislaturperiode einzusetzen?

Begründung:

In der 16. Legislaturperiode haben Landesregierung und Parlament mit dem Landeskinderschutzgesetz die Weichen für einen besseren Schutz von Kindern in Schleswig-Holstein gestellt. In dieser Legislaturperiode sollen die vorhandenen Angebote des Kinderschutzbundes, der Kinderschutzzentren, des Landesprogramms Schutzengel, der Frühen Hilfen, der Familienbildungsstätten etc. gestärkt werden. Angebote der Kinderschutzzentren und der Netzwerkarbeit sollen in allen Kreisen und kreisfreien Städten verfügbar sein, Frühe Hilfen ausgebaut und flächendeckend Familienhebammen eingesetzt werden.

Mit der Verwaltungsvereinbarung „Bundesinitiative Netzwerke Früher Hilfen und Familienhebammen“ 2012 – 2015 zwischen Bund und Ländern stehen bundesweit in diesem Jahr 30 Millionen und in den Folgejahren 45 bzw. 51 Millionen Euro für die Verbesserung des Kinderschutzes zur Verfügung. Landesregierung, Parlament und Kommunen sind gefordert diese Chancen zielgerichtet und unverzüglich im Interesse gefährdeter Kinder und überforderter Eltern sowie für die präventive Pädagogik zu nutzen.

Dr. Gitta Trauernicht
und Fraktion

Wolfgang Baasch
und Fraktion

Dr. Marret Bohn
und Fraktion

Flemming Meyer
für die Abgeordneten des SSW